

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal **M. 2,50.**

### Inhalt:

Inhalt:	Seite	Inhalt:	Seite
Ein Kriegsjahr . . . . .	357	Arbeiterbewegung. Rautsky und die Gewerkschaften. — Aus den deutschen Gewerkschaften . . . . .	361
Gesetzgebung und Verwaltung. Aushang von Preisverzeichnissen in Verkaufsräumen des Kleinhandels. — Die neuen Höchstpreise für Petroleum . . . . .	359	Literarisches. Kriegsliteratur. III. — Verzeichnis neuer Bücher und Schriften . . . . .	363
Wirtschaftliche Rundschau . . . . .	360	Mitteilungen. Unterstützungsvereinigung: Anmeldungen und Stellenbericht . . . . .	364
		Hierzu: Arbeiter-Rechtsbeilage Nr. 4.	

### Ein Kriegsjahr.

In den ersten Augusttagen war ein Jahr vergangen seit Beginn jenes Riesenkampfes, der die ganze Welt in zwei Lagern spaltet und von allen Beteiligten ungeheuerliche Opfer an Gut und Blut erfordert. Alle pazifistischen Träume scheinen vernichtet und das Ideal des Weltfriedens in weiter Ferne. Viel Druckerfchwärze wurde auf die Lösung der Schuldfrage verwendet, aber nur wenige der Kritiker und Gegner Deutschlands zeigten dabei das ehrliche Bestreben, Objektivität und Gerechtigkeit zu üben; sie nahmen vielmehr als ewige Wahrheiten, was in Paris und London mit mehr oder weniger Geschick gereimt wurde und das recht viel Phantasie und recht wenig Tatsachen enthielt. Wir haben uns an dieser Diskussion nicht beteiligt, weil sie zwecklos bleiben muß, solange die andere Tatsache besteht, daß die Armeen Rußlands, Englands und Frankreichs die Existenz Deutschlands bedrohen und die Machthaber dieser Länder die Zertrümmerung des Deutschen Reichs auf ihre Fahne geschrieben haben. Uns kann man mit dem Geschwätz nicht einfangen, daß die mit dem Zarismus der Feldgerichte und Galgen, dem Zarismus Sibiriens, dem Henker seiner eigenen Völker, verbündeten sogenannten Westmächte für die Freiheit Europas kämpfen. Wollten die Herrschaften für die Freiheit kämpfen, dann hätten sie in ihren eigenen Ländern überaus Beschäftigung genug und sie könnten um so intensiver dieser Beschäftigung nachgehen, als wir ihrer Hilfe gar nicht bedürfen. Aber darum handelt es sich gar nicht. Wir haben von den ersten Führern der „Westmächte“ längst das Kriegsziel vernommen. Die einen wollen an den Rhein, die anderen an die Elbe und der Dritte im Bunde möchte so gern seine Pfähle an der Weichsel oder gar an der Oder aufschlagen. Das „freie“ England hat noch immer sein besonderes Kriegsziel: die Eroberung des deutschen Welt Handels, nicht aufgegeben, obgleich die bisherigen Erfolge nicht gerade ermutigend sind. Auch die Aushungerung Deutschlands, diese wahrhaft „humane“ Kriegsmethode der englischen „Demokratie“, hat bisher kein anderes Ergebnis gehabt, als unsere Lebensmittelpreise in die Höhe zu schrauben, so daß eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Mai 1915 36,49 Mf. wöchentlich für Ernährung ausgeben

mußte gegen 24,70 Mf. im Mai 1914. Allein davon ist auch die englische Bevölkerung betroffen worden. Auch in England sind die Preise in die Höhe gegangen und die Indizes des „Economist“ sind recht bedeutend gestiegen. Setzt man den Jahresdurchschnitt für 1901 bis 1905 gleich 100, so waren die Preise in England bis Mai 1914 auf 118 und im Mai 1915 auf 151,2 gestiegen. Der Juni hat für England einen kleinen Rückgang infolge reichlicher Weizenzufuhr gebracht, aber das wird keine dauernde Wirkung auszuüben vermögen. Der Krieg entwertet auch die englische Valuta, und von einer Verbilligung der Transportkosten nach England kann gar keine Rede sein. Sie werden, je länger der Krieg dauert, eher noch höher und helfen dann die Lebensmittelpreise nach oben treiben.

Die im „Economist“ veröffentlichten Großhandelspreise für eine Anzahl Waren ergeben einen recht interessanten Einblick in die englische Preisbewegung. Demnach betragen die Preise Ende Juni (in Schilling und Pence, wenn nicht Pfund Sterling ausdrücklich angegeben) für:

Roheisen Nr. 3 . . . . .	1914	1915
Stahlschienen . . . . .	51/6	66/0
Punkerkohle . . . . .	120/0	160/0
Kupfer . . . . .	14/6	20/6
Zinn . . . . .	60 1/8	82 1/4
Blei . . . . .	137 1/2	171
Weizen . . . . .	19 3/4	25
Gerste . . . . .	34/3	52/0
Hafer . . . . .	25/4	34/4
Rindfleisch, 2. Qualität . . . . .	20/0	31/9
„ „ 1. „ . . . . .	3/8	5/6
„ „ „ . . . . .	5/4	7/10
Gammelfleisch . . . . .	6/10	7/8
Westindischer Zucker . . . . .	11/3	16/0
Kaffee (Santos) . . . . .	52/6	52/6
Tea . . . . .	6 1/8 Pence	8 1/2 Pence
Reis . . . . .	7 1/12 Pence	12/10 1/2
Baumwolle (Middling) . . . . .	7 2/3 Pence	5 1/4 Pence
Wolle . . . . .	14 1/2	14 1/2
Talg . . . . .	32/0	33/6
Salpeter . . . . .	21/0	21/0
Hanf . . . . .	26 1/2	41
Seide . . . . .	13/0	11/6
Jute . . . . .	26 3/4	22 5/8
Petroleum . . . . .	7 1/2	8 3/4

dem Bunde mit Rußland und England entreißen und schildert, wie letztere Staaten das Rachegefühl Frankreichs für ihre eigenen Zwecke ausbeuten, auf Kosten der französischen Nation.

„Handglossen zum französischen Weibbuch“ (Concordia, Deutsche Verlagsanstalt, Berlin). Die Schrift beleuchtet die offizielle Rechtfertigung der Politik Frankreichs an der Hand der offiziellen Gegenäußerungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

R. Char mah: „Zarismus, Panlawismus, Krieg!“ (Anzengruber-Verlag, Brüder Schischy, Wien-Leipzig) stellt Rußlands Politik, den Panlawismus zur Durchsetzung seiner Mittelmeerpläne auszunutzen, der friedliebenden Politik Oesterreichs gegenüber und feiert das Zusammenhalten aller österreichisch-ungarischen Völker gegen die zaristische Gefahr.

Rud. Goldscheid: „Deutschlands größte Gefahr“ (Verlag Neues Vaterland, Berlin) wendet sich gegen diejenigen Kreise Deutschlands, die auf einen vorzeitigen Frieden mit Rußland und auf einen Endkampf mit England hinarbeiten. Die größte Gefahr erwache Deutschland vom Osten, vom Zarismus, vom Panlawismus, die seine Kultur, seine freiheitliche Entwicklung, seine Selbständigkeit bedrohen. Der Verfasser propagiert den Zusammenschluß zu einem Bund der Westmächte als Bürgschaft der Demokratie, des Friedens und des Rechts.

Vom gleichen Verfasser liegt uns eine hochinteressante Schrift vor: „Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren“ (Anzengruber-Verlag, Wien-Leipzig), die als Abhandlung für einen Vortrag zum Weltfriedenskongreß geplant war. Goldscheid erkennt in den Völkergesetzlichkeiten die ältere und primäre, in den Klassengesetzlichkeiten die sekundäre Ursache der Kriege. Die Staaten treten einander als Klassenstaaten gegenüber, die lieber die schwersten Kriegsgefahren auf sich nehmen, als sich zu einer äußeren Politik zu entschließen, die sie zwingen würde, auch die Grundzüge ihrer inneren Politik zu ändern. Mit jeder bestimmten äußeren Politik sei immer eine bestimmte innere, mit jeder inneren eine bestimmte äußere Politik notwendig verbunden. Der Verfasser veripottet die Sozialdemokratie, die den Glauben an die Harmonie der Wirtschaftsverhältnisse grimmig verhöhnt habe, aber hinsichtlich des Völkerverhältnisses noch ganz von diesem Glauben erfüllt sei. Ihr Internationalismus sei indes mehr internationaler Parallelismus als internationaler Solidarismus. Von der Demokratie auf international verbreiteter Grundlage erwartet Goldscheid den Sieg des Pazifismus.

Ekkehard Ostmann: „Rußlands Fremdvölker, seine Stärke und Schwäche“ (J. F. Lehmanns Verlag, München) rechnet damit, daß in 40 Jahren 300 Millionen Russen 80—90 Millionen Deutschen gegenüberstehen, und will dieser Gefahr vorbeugen durch Befreiung der Fremdvölker zwischen Ostsee und Schwarzem Meer vom russischen Joch.

„Die Ukraine und der Krieg“, eine Denkschrift des Bundes zur Befreiung der Ukraine (Verlag ebenda) vertritt den gleichen Gedanken, ein ukrainisches Reich als natürlichen und festen Bundesgenossen Deutschlands zu schaffen.

H. Pott hoff: „Volk oder Staat?“ (H. Marcus' und G. Webers Verlag, Bonn) führt Goldscheiden

philosophische Gedanken auf das Gebiet der praktischen Politik über, tritt für demokratische Verfassungen in allen Staaten, Lenkung der inneren Politik im Sinne sozialer Kultur, Beherrschung der äußeren Politik durch die Volksvertretungen und für Staatsverträge und Schiedsgerichte, Rüstungsbeschränkungen ein, zweifelt aber nicht an der Wiederkehr ähnlicher Kriege, mit der die praktische Politik des nächsten Menschenalters auch rechnen müsse.

F. Fuhrmann: „Das deutsche Volk und die gegenwärtige Kriegslage“, ein in Essen gehaltener Vortrag, als Manuskript gedruckt. Der bekannte altnationalliberale Abgeordnete propagiert darin die Austragung des Kampfes mit England und Erweiterung der deutschen Grenzen bis zum Kanal.

Flugschriften des Bundes „Neues Vaterland“. Der Bund will eine Arbeitsgemeinschaft aller Parteien zur Herbeiführung eines überstaatlichen Zusammenschlusses auf der Grundlage politischer und wirtschaftlicher Verständigung der Völker herbeiführen. Er nimmt ebenso gegen die Weltoberungsgelüste gewisser Politiker wie für den Ausgleich der Klassengesetze Stellung und bekennt sich zu der vom Reichskanzler am 2. Dezember 1914 proklamierten Politik.

Wir haben in dieser Revue keine Schriften von sozialdemokratischen Politikern erwähnt, die sich mit dem Weltkrieg und der Haltung der deutschen Sozialdemokratie befassen. Wir behandeln dieselben als parteitaktische Schriften in einer besonderen Gruppe.

## Verzeichnis neuer Bücher und Schriften.

### Statistische Literatur.

- Dänemark. Die Arbeitslosenversicherung 1913/14. (In dänischer Sprache.) 14 S. Kopenhagen.
- Deutsches Reich. Die Tarifverträge am Ende des Jahres 1913. Bearbeitet im Reich. Statist. Amt. 61 und 74 S. 1,70 M. Carl Heymanns Verlag, Berlin.
- Karlsruhe. Statistische Uebersichten der Stadt Karlsruhe über das Jahr 1913. 172 S. G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe.
- Niederlande. Arbeitseinstellungen und Aussperrungen im Jahre 1913. LIII u. 207 S. (In holl. Sprache.) Gebr. Velinsante, s'Gravenhage.
- Schweden. Arbeitseinstellungen im Jahre 1913. 63 S. — Die öffentl. Arbeitsvermittlung 1902—1912. 232 S. — Kollektivverträge im Jahre 1913. 137 S. — Arbeits- und Lohnverhältnisse der Landarbeiter. 412 S. — Zeemannsverhältnisse in Schweden. 308 S. (Sämtlich in schwed. Sprache.) Stockholm.

## Mitteilungen.

### Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

- Bremerhaven: Köfeler, Otto, Expedient.
- Chemnitz: Sehfarth, Herm., Redakteur.
- Frankfurt a. M.: Beher, Alfred, Angestellter des Gemeindearbeiter-Verbandes.
- Hamburg: Käppler, Georg, Angestellter des Bauarbeiter-Verbandes.
- Lägerdorf: Hinsche, Johann, Berichterstatter.
- München: Huber, Maximilian, Angestellter des Holzarbeiter-Verbandes.
- Stuttgart: Gauth, Emil, Redakteur.

werden kann, daß eine Begrenzung der absoluten Arbeitslosigkeit erfolgt. Die Grundlage dafür wurde bei Kriegsbeginn gezeigt: die Proklamation, daß die Tarifverträge für die Dauer des Krieges eingehalten werden müssen. Auf dem Boden der Tarifverträge wird ein Zusammenwirken zu genanntem Zweck durchaus möglich sein.

Daneben freilich muß das Problem der Arbeitslosenversicherung endlich seine Lösung finden. Die Gewerkschaften haben im ersten Kriegsjahre enorme Opfer zur Unterstützung der während der ersten Monate zahlreichen Arbeitslosen gebracht und auch von den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften sind Mittel bereitgestellt worden. Aber ohne die Gewerkschaften wäre das Los der Arbeitslosen doch sehr traurig geworden und ihre Konsumfähigkeit wäre auf Null herabgesunken. Die, wenn auch in minimalen Grenzen, damals aufrechterhaltene Konsumfähigkeit der Massen hat zweifellos ihren großen Anteil an der Wiederbelebung mancher Gewerbe. Das läßt sich statistisch zwar nicht nachweisen, aber, wer will, kann es mit beiden Händen greifen. Um wie viel mehr würde das deutsche Erwerbsleben an innerer Stabilität gewinnen, wenn die obligatorische Arbeitslosenversicherung erst durchgeführt wäre. Die Grundlage dazu haben die Arbeiter selbst unter großen Opfern geschaffen, sie hat sich in der Kriegszeit bestens bewährt und die öffentliche Anerkennung dieser Tatsache darf sich nicht in Worten erschöpfen, sondern muß sich in Taten äußern. Daß die endgültige Lösung erst nach Wiederkehr des Friedens erfolgen kann, ist eine Selbstverständlichkeit; aber schon heute darf auf diese Konsequenzen hingewiesen werden, die sich aus den Erfahrungen des Krieges ergeben. Auch die Unternehmer sollten sich ernsthaft die Frage vorlegen, ob ihr Widerstand gegen die Lösung dieser Frage, die eine Krönung des mächtigen Gebäudes deutscher Sozialversicherung darstellen würde, nicht von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wie durch das Zusammenwirken bei der Beschaffung und Verteilung der Arbeit in der Kriegszeit die Arbeitslosigkeit vielfach eingedämmt werden konnte, so würden sich auch bei der Arbeitslosenversicherung Mittel und Wege finden, die ein ähnliches Ergebnis zeitigen könnten.

Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung hat der Burgfrieden versagt. Wohl ist in der Arbeitsvermittlung einiges erreicht worden und mit Hilfe der Gewerkschaften konnte beim Kriegsausbruch die Einbringung der Ernte sichergestellt werden. Aber zu einer Regelung der Arbeitsvermittlung ist man doch nicht gekommen. Ueber die Ursachen wollen wir heute nicht reden, daß aber der Widerstand in Unternehmerkreisen eine der wesentlichsten war, soll doch ausgesprochen werden. Solange die großindustriellen Unternehmerverbände den Arbeitsnachweis als Kampfmittel gegen die Gewerkschaften reklamieren, kann nur ein entscheidendes Wort der Gesetzgebung diese Frage lösen, wie es von unseren Gewerkschaften gefordert worden ist.

Erfreulicher gestaltete sich das burgfriedliche Zusammenwirken der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in mehreren wichtigen Fragen, und der Gedanke ist von Hirsch-Dunderscher Seite zuerst ausgesprochen worden, dieses Zusammenwirken auch nach dem Kriege fortzusetzen. Wir haben unsere zustimmende Ansicht damals sofort kundgegeben und auch von christlicher Seite ist unter Vorbehalt die gleiche Auffassung ge-

äußert worden. Inzwischen ist in mehreren Fragen ein solches Zusammenwirken erfolgt und die Erfahrungen werden lehren, daß damit den Arbeiterinteressen gedient wird. An eine Aufgabe der grundsätzlichen Stellung der einzelnen Richtungen ist selbstverständlich nicht zu denken. Die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten müssen ausgetragen werden. Die Formen dieses Meinungskampfes könnten allerdings etwas ansprechender werden als bisher, und ein Zusammengehen in Fragen, die ein gemeinsames Interesse der Arbeiter berühren, wird von selbst die Kampfformen in den grundsätzlichen Fragen ändern.

Daß unsere grundsätzliche Beurteilung der Lage und der sozialen Aufgaben der Arbeiterklasse durch das Kriegsjahr sich nicht geändert hat und nicht ändern konnte, brauchte nicht ausgesprochen werden, wenn nicht innerhalb der Arbeiterbewegung selbst jene Unkenrufe wieder ertönt wären, die eine „Versumpfung“ in Aussicht stellen. Die Weise und auch der Text waren seit einem Vierteljahrhundert die gleichen. An dem geraden und kraftbewußten Aufmarsch der Gewerkschaften haben sie nichts ändern können. Und das wird auch in der Zukunft so bleiben. Solange die Klassengegenstände zwischen Kapital und Arbeit in der Welt bestehen bleiben, werden die Gewerkschaften Kampforganisationen bleiben und bleiben müssen, um die Arbeiterinteressen wahrnehmen zu können. Aber sie werden ihre Taktik und ihre Methoden selbst bestimmen, sie werden diese den tatsächlichen Verhältnissen des praktischen Lebens anpassen, wie sie es bisher getan haben. Für die Volkenskuducksheimer Philosophie ist in diesen mühsamen und opfervollen Kämpfen keine Verwendung.

Wenn wir also einen kurzen Rückblick auf das vergangene Kriegsjahr werfen, muß es uns mit Genugtuung erfüllen, daß es unserem Volke gelungen ist, durch einmütiges Zusammenhalten und treue Pflichterfüllung auf der ganzen Linie den Ansturm der Feinde zurückzuschlagen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dieses auch fernerhin gelingen wird, gelingen muß, denn eine Niederlage würde in erster Linie der Arbeiterklasse Deutschlands tödliche Wunden schlagen. Wir haben in Deutschland auch eine Arbeiterkultur zu verteidigen und wichtige, in schweren Kämpfen erungene Fortschritte auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Und darum kann es nur eine Parole geben: Durchhalten, bis unsere Gegner zum Frieden geneigt sind. An dem Friedenswillen des deutschen Volkes kann heute wie zuvor kein Zweifel bestehen. Aber auch darüber darf kein Zweifel gelassen werden, daß die Spekulation in der Uneinigkeit des deutschen Volkes eine Spekulation in der Luft ist. Solange die Feinde nicht zum Frieden geneigt sind, erfordern sowohl unsere geographische Lage wie auch die ureigensten Interessen der Arbeiterklasse das unverbrüchliche Zusammenhalten aller Volkskreise.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Ausgang von Preisverzeichnis in Verkaufsräumen des Kleinhandels.

Der Bundesrat hat am 24. Juli folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Vorschriften der §§ 73 und 74 der Reichsgewerbeordnung werden auf Verkäufer ausgedehnt, die Gegenstände des täglichen Bedarfs, ins-

Ein Preisfall ist nur bei Textilrohwaren zu verzeichnen, sonst sind bei den meisten Warengattungen zum Teil erhebliche Preissteigerungen eingetreten. England leidet somit ebenfalls unter der Teuerung und der Gradunterschied wird sehr gering sein, bei einzelnen Waren ist der englische Preis sogar höher als der deutsche.

Unsere Gegner haben sich überhaupt verrechnet. Wir denken dabei weniger an die „russische Dampfwalze“, die Weihnachten 1914 in den Straßen Berlins walzen sollte und sich nun Richtung Ost bewegt. Aber schon zu Weihnachten sollte Deutschland kein Brot mehr haben. Als sich diese „westländische“ Hoffnung als trügerisch erwies, waren es Salpeter und Kupfer, die uns ausgehen würden. Auch diese Artikel sind da. Jetzt heißt es, die Baumwolle wird bald fehlen, wenn England die Textilindustrie der neutralen Länder aushungert und dadurch die Zufuhr nach Deutschland sperrt. England täuscht sich darin ebenso sehr wie in den anderen Dingen. Was wir brauchen, um unsere Existenz zu verteidigen, haben wir und werden damit immer noch einen Tag länger aushalten als unsere Gegner.

Wie das alles möglich gemacht wurde, wird für immer eine der lichteften Seiten in der Geschichte unseres Volkes bleiben. Man hat von Kriegsjournalismus gesprochen und das Wort wurde prompt verpönt. Wenn jemand damit die Durchführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nach irgendeinem „wissenschaftlich“ erprobten Schema gemeint hätte, wäre der Hohn am Platze gewesen. Aber davon war keine Rede. Vielmehr hat es sich bei uns darum gehandelt, organisatorisch und staatlich einzugreifen, um die Versorgung eines Volkes von 70 Millionen sicherzustellen. Das ist gelungen. Ob man das Sozialismus in der einen oder anderen Spielart nennen will, ist gleichgültig. Jedenfalls wurde erwiesen, daß die ungezügelt privatkapitalistische Wirtschaft unfähig war, in der Not die Existenz des Volkes zu sichern, daß ihr vielmehr ernste Schranken gezogen werden mußten. Reich, Staaten und Gemeinden mußten eingreifen und sie griffen ein. Die Vorräte wurden eingeteilt, damit sie ausreichen, die Preisbildung wurde für wichtige Lebensmittel nach oben begrenzt. Gewiß, wir hätten noch schärfere Maßnahmen gewünscht und haben mit unserer Meinung darin nicht zurückgehalten. Aber wir erkennen auch an, daß große Schwierigkeiten zu überwinden waren. Gänzlich unerprobte Wege mußten beschritten, alte, eingewurzelte Anschauungen und Traditionen beiseite geschoben und die Widerstände der nichts als Geschäftemacher überwinden werden. Das ist zum Teil doch gelungen, und die gewonnenen Erfahrungen werden nicht nur für das kommende Jahr die Arbeit erleichtern, sondern auch für die weitere Zukunft von großem Werte bleiben. Das dreimal geheiligte private Eigentumsrecht an Gütern, die für die Existenz der Allgemeinheit unentbehrlich sind, hat im Kriegsjahre einen Stoß erhalten, von dem es sich hoffentlich nicht wieder erholt. Die letzthin erlassene Bundesratsverordnung gegen den Wucher mit Lebensmitteln ist ebenfalls eine Maßnahme, die über den Krieg hinaus dauern muß und nicht beseitigt werden darf. Denn auch in Friedenszeiten wird solcher Wucher getrieben und seine Abwendung ist dann nicht minder am Platze als jetzt.

Die staatlichen und kommunalen Organe haben sich mit sozialen Aufgaben beschäftigen müssen, die sie vor dem Kriege weit von sich wiesen. Das ist die eine Tatsache, die es festzuhalten gilt. Auf der anderen Seite aber kann

das gesamte Volk für sich in Anspruch nehmen, daß es sich schnell und ohne Kopfschmerzen zu werden, in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden wußte. Es ist keine kleine Leistung, 70 Millionen Menschen auf eine im Verhältnis zu den früheren Gewohnheiten kleine Protration zu setzen und damit allgemeines Verständnis zu finden. Das letztere setzt eine Opferwilligkeit der Volksmassen voraus, die nur bei einem politisch und sozial reifen Volke vorhanden sein kann. Vielen Tausenden Familien ist es sehr schwer geworden, sich diese Beschränkung der täglichen Protration aufzuerlegen, um so schwerer, weil auch die anderen Lebensmittel im Preise stiegen. Aber sie haben es ertragen in dem Bewußtsein, daß größere Werte in Gefahr waren, und daß die Entbehrungen der Volksgenossen an der Front, die für die nationale Existenz ihres Vaterlandes alles opfern, noch größer sind.

An diesen Tatsachen darf in der Zukunft nicht achtlos vorübergegangen werden. Ein Volk, das solcher Opfer fähig ist und sie gern bringt, um seine Existenz und Entwicklungsfreiheit sicherzustellen, kann nicht nach den Maximen einer kleinlichen Bürokratie „regiert“ werden. Der Kampf gilt augenblicklich der Freiheit nach außen, aber er wird auch geführt um die Freiheit im Innern. Die verbitternde Politik der Nadelstiche und der Entrechtung darf keinen Boden mehr in Deutschland haben. Die Zeit ist nicht geeignet, sich näher mit diesen Fragen zu beschäftigen, so lange der Feind vor den Toren steht. Aber wir halten es doch für angebracht, daran zu erinnern, daß die vom Reichskanzler im Reichstage angekündigte Neuorientierung der inneren Politik eine größere Bedeutung erlangen muß als eine gewöhnliche Redewendung. Wir zweifeln an der Aufrichtigkeit der Ankündigung nicht, aber wir kennen auch zur Genüge die Kreise und ihre Macht, die eine solche Neuorientierung mehr fürchten als die russische Dampfwalze.

Der Burgfrieden, der notgedrungen vor einem Jahre proklamiert werden mußte und dem sich unsere Gewerkschaften selbstverständlich gefügt haben, gehört zu den Erscheinungen des Krieges, die nicht ohne Einfluß auf kommende Zeiten bleiben dürfen. Unter diesem Burgfrieden haben Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in mehreren Werken sich zusammengefunden, um gemeinsame Arbeit für einen gemeinsamen Zweck zu leisten. Auch das ist ein Glied in der deutschen „Kriegsorganisation“ gewesen, über dessen Erfolg sich noch kein abschließendes Urteil bilden läßt. Manches ist doch erreicht worden, und die in der Auslandspresse befundene Auffassung, in Deutschland arbeite nur die Kriegsindustrie, ist ganz falsch. In der letzten Juniwoche waren in den deutschen Gewerkschaften nur 2,6 Proz. des erfassten Mitgliederbestandes arbeitslos. Das beweist, daß nicht nur die Kriegsindustrie beschäftigt ist. Ein großes Volk, das in Friedenszeiten im wesentlichen für seinen inneren Markt arbeitet, hat auch in Kriegszeiten einen eigenen Bedarf zu decken. Aber es darf nicht unausgesprochen bleiben, daß das Zusammenwirken der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen dazu beigetragen hat, sowohl Arbeit zu schaffen als auch die vorhandene Arbeit so einzuteilen, daß die Arbeitslosigkeit dadurch eingeschränkt werden konnte. Und gerade die letztere Tatsache muß für die kommende Friedenszeit ein Leitstern sein. Auch dann wird es wirtschaftliche Krisenperioden geben, in denen durch ein vernünftiges Zusammenwirken die vorhandene Arbeit so verteilt

bestände reichen für den Heeresbedarf noch lange Zeit aus, dann ist die eigene Kupfergewinnung im Lande wesentlich gesteigert worden, schließlich sind die Kupfermengen in verarbeiteterem Zustande, die uns zur Verfügung stehen, schier unerschöpflich. Schnell zeigt es sich, wie Gewohnheit die Verwendung von Kupfer in einem großen Umfange auch dort mit sich brachte, wo es ebenso gut entbehrt und durch Metalle, die wir selbst gewinnen, ersetzt werden kann. Da dieser Einsicht mit Energie die Tat folgte, wird die Einschränkung der Kupferverwendung auch für die Zeit nach dem Kriege von wesentlicher wirtschaftlicher Bedeutung werden. Gegenwärtig kann aus der Nuhbarmachung eines Teiles unserer Kupferfertigfabrikate für Heereszwecke verschiedenen Industriezweigen eine erfreuliche Belebung erwachsen; mit dem Ersatz für kupferne Apparate und Maschinenteile durch Erzeugnisse in anderen Metallen wird aber nicht nur mancher arbeitsreiche Auftrag eingebracht werden, auch technische Fortschritte werden auf diese Weise erzwungen oder doch mindestens beschleunigt. So ist darauf hingewiesen worden, daß veraltete kupferne Apparate jetzt mit wirtschaftlichen Vorteilen durch billiger arbeitende eiserne Apparate ersetzt werden, unter anderem die Destillierapparate in Brennereien und Teerdestillationen.

Die unter der Aufsicht des Reichsamts des Innern errichtete Kontrollstelle für freigegebenes Leder hat seit einiger Zeit bereits ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie hat die Aufgabe, darüber zu wachen, daß das von der Heeresverwaltung freigegebene Leder nicht über den festgesetzten Preis verkauft wird und die vorgeschriebenen sonstigen Bedingungen genau eingehalten werden. Mit Kriegsausbruch begann für die Lederindustrie eine noch nie dagewesene Konjunktur. Im November 1914 erfolgte eine Beschlagnahme der Großviehhäute und eine Kontingentierung der Häutepreise, doch die Lederpreise erfuhren keine Beschränkung. Unter diesen Verhältnissen stieg der Preis für 1 Kilo Sohlleder, das früher etwa 1,50 M. gekostet hatte, bis zum Ende April auf etwa 12 M., Rohleder von etwa 4 M. auf etwa 18—20 M. und angebräuntes Blankleder von 3 M. bis auf etwa 18 M. Vom 1. Mai 1915 ab ließ die Kriegsverwaltung eine gewisse Preisregelung dadurch eintreten, daß nur noch diejenigen Gerbereien beschlagnahmen Häute, Felle und Gerbstoffe erhalten, die sich nach bestimmten Lieferungsbedingungen für Lederpreise richten, der Kriegsleder-Aktiengesellschaft für zugeteilte Häute ganz bestimmte Preise bezahlen und noch andere Verpflichtungen eingehen. Von der Kriegsleder-Aktiengesellschaft werden seit dieser Zeit zugunsten des Reichs Zuschläge auf die Häutepreise erhoben, die monatlich an die Generalmilitärkasse abgeführt werden. Zugleich traten Ermäßigungen der Lederpreise, die viel stärker gestiegen waren als die Häutepreise, durch Aufstellung von Richtpreisen ein.

Um den Ansprüchen der Privatindustrie entgegenzutreten und wucherischer Spekulation weiter entgegenzutreten, wurde auch die Freigabe von Leder für den bürgerlichen Verbrauch organisiert und dazu die schon erwähnte Kontrollstelle geschaffen. Nach den vorgenommenen Kürzungen der Gewinne der Lederfabrikanten läßt sich ungefähr ermessen, wie enorm die Verdienste der Gerbereien vorher gewesen sind. Beweise genug dafür erbrachten auch die Bilanzen der Lederwerke, wobei immer noch zu berücksichtigen bleibt, daß ein Teil der wirklich erzielten

Gewinne darin nicht hervortritt. In dem Ende Dezember abgeschlossenen Geschäftsjahr 1914 erzielten die Lederwerke Wiemann Akt.-Ges. in Hamburg einen Ueberschuß von 691 256 M. gegen 344 593 M. im Vorjahr; die Dividende wurde von 17 auf 20 Proz. erhöht. Jetzt teilt der Aufsichtsrat mit, die Halbjahresbilanz für 1915 zeige ein gutes Ergebnis und ermögliche, nachträglich aus den vorjährigen Rücklagen, besonders aus den Dividenden-Reserven, 300 000 M. Ausschüttungen vorzunehmen. Gleichzeitig wird eine Kapitalerhöhung um eine halbe auf zwei Millionen Mark beantragt. Die zur Einzahlung auf die neuen Aktien erforderlichen Mittel werden zum Teil aus den erwähnten Ausschüttungen zur Verfügung gestellt. So wird zugleich zurückgehaltener Gewinn in dividendenberechtigtes Aktienkapital umgewandelt, die Kapitalerhöhung erfolgt also in der Hauptsache zu dem Zweck, ein weiteres Anschwellen des Dividendenjahres möglichst zu verhüten. Von der Aktiengesellschaft Süddeutsche Lederwerke in St. Ingbert wird für 1914/15 ein Ueberschuß von 430 111 M. gegen 51 944 M. im Vorjahr ausgewiesen, die Dividende wird mit 10 Proz. vorgeschlagen; in den letzten vier Jahren hatte das Unternehmen keine Dividende gezahlt.

† Berlin, den 4. August 1915.

Julius Kallisi.

## Arbeiterbewegung.

### Kautsky und die Gewerkschaften.

Zu der Polemik zwischen Legien und Kautsky im „Vorwärts“ über die „Meinungsfreiheit der Gewerkschaften“ hatte Robert Schmidt auf die Stellung Kautskys gegenüber den Gewerkschaften in der Brandenburger Delegation auf dem Mannheimer Parteitag aufmerksam gemacht. Kautsky bestritt, wie das bei ihm zu erwarten war, die Richtigkeit der Ausführungen Schmidts. Der Genosse Eugen Brückner sandte als Teilnehmer an jener Sitzung dem „Vorwärts“ eine Erklärung, um den Sachverhalt festzustellen. Die Redaktion des „Vorwärts“ lehnte die Aufnahme dieser Erklärung ab und die angerufene Preßkommission billigte die Abneigung der ihr unterstellten Redaktion gegen die Feststellung der Wahrheit. Da aber die Sache uns bedeutungsvoll genug erscheint, geben wir hier die Erklärung Brückners „zu dem Streit über die Meinungsfreiheit der Gewerkschaften“ wieder. Sie lautet:

„In Nr. 191 des „Vorwärts“ vom 13. Juli wendet sich der Genosse Karl Kautsky gegen die Ausführungen des Genossen Legien, behauptend, daß ihm (Kautsky) nicht „starres Festhalten“ vorgeworfen werden könne, daß er den Antrag 157 vielmehr aus freien Stücken geändert habe. Da der Genosse Kautsky in der neuesten Erklärung sagt, daß einer Bildung falscher Legenden gerade auf dem strittigen Gebiet vorgebeugt werden muß, da dieselben leicht sehr schädliche Folgen nach sich ziehen kann, sehe ich mich veranlaßt, folgendes zu bemerken:

Als die Resolution Kautsky vorlag, nahmen die Berliner und Brandenburger Delegierten zu der Frage Stellung. Sie erkannten, daß, wenn diese Resolution in der ursprünglichen Form angenommen würde, den Gewerkschaften die Agitation erschwert wäre. Die Genossen Richard Fischer, Otto Weis und der Unterzeichnete übernahmen es, mit dem Genossen Kautsky über eine andere Form oder Fassung der Resolution zu verhandeln. Dieser Kommission schloß sich dann der Genosse Dr. Adolf Braun, jetzt

besondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art sowie rohe Naturerzeugnisse, Feiz- und Leuchtstoffe, im Kleinhandel absetzen.

§ 2. Wer den auf Grund des § 1 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder als Verkäufer die im Preisverzeichnis angegebenen Preise überschreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

§ 3. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichszankler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

### Die neuen Höchstpreise für Petroleum.

Am 15. Juli traten die vom Bundesrat festgesetzten Höchstpreise für Petroleum in Kraft. Im Großhandel dürfen für 100 Kilogramm Petroleum höchstens 30 Mk. gefordert werden; im Kleinhandel darf der Preis für das Liter Petroleum 32 Pf. nicht übersteigen. Bei Lieferung ins Haus darf ein Zuschlag von 2 Pf. pro Liter erhoben werden. Um zu verhindern, daß ähnlich wie beim Getreidehandel, wo für Säcke enorme Preise berechnet worden sind, der gleiche Unfug auch im Petroleumgeschäft Platz greift, wird ausdrücklich bestimmt, daß für die Ueberlassung und das Füllen in Behältnisse eine Vergütung nicht berechnet werden darf. In der Begründung dieser Verordnung wird hervorgehoben, daß das Dazwischentreten zahlreicher Händler, die sich nie mit dem Petroleumhandel befaßt haben, zu der ungeheuerlichen Preissteigerung geführt habe.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Englische Kriegskurse. — Die dritte deutsche Kriegsanleihe. — Uebernahme einer bulgarischen Anleihe durch ein deutsch-österreichisches Konsortium. — Ueber die Zulassung ausländischer Papiere. — Ungewollte Wirkungen der englischen Blockade. — Kupferersparnis und technischer Fortschritt. — Die Kriegsrentabilität in der Lederindustrie.

Unter dem Eindruck der Kriegsergebnisse im Osten wuchs der Mißmut der Londoner Börse, wie die Gestaltung der Kurse für die englischen Kriegsanleihen erkennen läßt. Am 31. Juli sank die neue Kriegsanleihe auf 97½ Proz., die alte gab an dem gleichen Tage bis auf 92½ Proz. nach. Einige Tage vorher stellte sich die neue Anleihe auf 98½ Proz.; sie war zum Kurse von 100 Proz. herausgebracht worden, während der Ausgabekurs der alten Kriegsanleihe 95 Proz. betrug. Dagegen sind die Preise für die deutschen Kriegsanleihen über die Ausgabekurse von Anfang an hinausgegangen und konnten ihre zum Teil beträchtlichen Verbesserungen ständig behaupten. „Alles Geld, was der Krieg erfordert, wird aufgebracht, ohne daß wir zu verzweifeltsten Kunstmitteln greifen müssen wie andere Staaten“, erklärte jüngst Staatssekretär Helfferich in einer Unterredung mit dem Vertreter eines ungarischen Blattes, in der er weiter die Erwartung aussprach, daß die dritte Kriegsanleihe, die im Laufe des September kommt, abermals ein Erfolg werden wird. Die gegenwärtigen Verhältnisse dürften diese Annahme denn auch vollauf rechtfertigen.

Ein politisch und wirtschaftlich gleich bemerkenswertes Ereignis ist die Uebernahme einer bulgarischen Anleihe durch ein unter Führung der Diskontogesellschaft stehendes deutsch-österreichisch-

ungarisches Bankkonsortium. Im Juli des Vorjahres hatte das gleiche Konsortium 120 Millionen Frank bulgarische Schatzwechsel übernommen und sich damit das Recht der Uebernahme auf zwei Serien von je 250 Millionen Frank 5prozentiger bulgarischer Staatsanleihe verschafft. Jetzt wurde nun die erste Hälfte der Anleihe im Betrage von 250 Millionen übernommen, aus dem Erlöse werden die erwähnten 120 Millionen Frank Schatzscheine zur Einlösung gebracht. Zugleich hat sich das Konsortium bis zum 1. August 1917 die Option auf die zweite Serie von 250 Millionen Frank der Anleihe sowie darüber hinaus das Anrecht auf den Bau der Eisenbahn von Michailowo-Kaskovo nach Porto Lagos sowie auf den Ausbau des Hafens von Porto Lagos gesichert. Bis in die letzten Tage vor Ausbruch des Krieges hinein wurde über die Behandlung ausländischer Anleihen und Aktien in Deutschland diskutiert. Von den Banken war früher der Standpunkt vertreten worden, daß die Uebernahme ausländischer Werte ihre ureigenste Geschäftsangelegenheit wäre, deren Erledigung deshalb ganz von ihrem Belieben abhinge. In der Tat handelten sie dieser Auffassung gemäß, bis die Regierung auf lebhafte Proteste aus verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Kreisen sich veranlaßt sah, der wahllosen Einföhrung ausländischer Papiere Halt zu gebieten. Nicht etwa um eine völlige Absperrung der Reichsgrenzen gegen ausländische Werte handelte es sich dabei, sondern um die Wahrung des Grundsatzes, daß am deutschen Geldmarkt erst die heimischen Anforderungen befriedigt werden müssen, bevor an die Deckung von Kapitalsansprüchen des Auslandes herangetreten werden darf, und daß bei der Zulassung ausländischer Werte nicht in erster Reihe die Provisionsinteressen der beteiligten Banken, vielmehr die politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands an dem in Frage kommenden Land den Ausschlag zu geben haben. Seltsam mutet heute die in diesen Auseinandersetzungen von den Banken aufgestellte Behauptung an, ein möglichst umfangreicher Besitz an ausländischen Papieren biete neben anderen Vorzügen auch die beste Form der finanziellen Rüstung, da durch den Verkauf fremder Werte in der kritischen Zeit Gold vom Auslande hereingezogen werden könnte. Wirklichen ließ sich diese schöne Theorie bei Ausbruch des Krieges aber nicht, abgesehen davon, daß die am Kriege beteiligten Länder sich durch besondere Maßnahmen gegen eine derartige Verkaufstätigkeit absperren, konnten dafür auch die Börsen neutraler Länder am wenigsten zu Kriegsbeginn in Anspruch genommen werden, weil sie noch vor Ausbruch des Krieges ihre Tore geschlossen hatten.

Unlängst wurde in einer Zuschrift an die englische Zeitschrift „The Economist“ die Frage aufgeworfen, ob die englische Blockadepolitik für Deutschland nicht eher eine Quelle der Stärke als eine Schwächung gewesen ist. Ohne Zweifel wäre ohne Blockade die Widerstandskraft Deutschlands auf manchem Gebiet weniger stark zur Entwidlung gelangt, weil die Erschließung vieler Hilfsquellen, die sich als außerordentlich ergiebig erwiesen, wohl unterblieben wäre, wenn wir zur Beschaffung dieser und jener Produkte nach Belieben auf das Ausland hätten zurückgreifen können. Selbst die Unterbindung der Einföhr des so wichtigen Kupfers wird in seinen hemmenden Wirkungen durch die Folgen ihrer Ueberwindung reichlich wettgemacht. Fest steht, daß ein Kupfermangel an sich gar nicht eintreten kann, die noch vorhandenen Kupfer-

Die Vertragscentralisation im Baugewerbe ist eine Forderung der Unternehmer, nicht der Arbeiter. Man könnte dann aber auch erwarten, daß die Unternehmer der lokalen Vertragserneuerung nicht solche Hindernisse bereiten, nachdem Einigkeit hinsichtlich der centralen Vertragsbestimmungen erreicht wurde. Das ist aber doch der Fall. Tatsächlich geht die ganze Tarisperiode mit der Erneuerung der lokalen Verträge zu Ende. Zurzeit spielt zwar der Kriegszustand eine wichtige Rolle, aber auch vor dem Kriege haben die Unternehmer die gleiche Taktik befolgt. Das ist auf die Dauer ein für die Arbeiter unerträglicher Zustand.

## Literatur.

### Kriegsliteratur.

#### III.

Die sozialpolitische Kriegsliteratur ist in drei Gruppen einzuteilen: allgemeine Sozialpolitik und Volkswirtschaft, Volksernährung und Kriegsfürsorge.

Die Volkswirtschaft und allgemeine Sozialpolitik ist durch eine Reihe von Schriften hervorragender Autoren vertreten.

Prof. Dr. F. Jastrow: „Im Kriegszustand“ (Gg. Reimer, Berlin) schildert die Umformungen des öffentlichen Lebens in der ersten Kriegswochen, die Neuordnung durch die Gesetzgebung vom 4. August 1914, die Umgestaltung des gesamten Verwaltungs-, Finanz-, Gewerbe- und Verkehrswezens, die bundesrätlichen Eingriffe, die Verordnungen des Generalkommandos, die gemeindliche Fürsorgeorganisation und die Kriegssittlichkeit und Kriegshilfe der freien Gewerkschaften. Obwohl die Schrift nur die Vorgänge der ersten Kriegswochen behandelt, bietet sie einen reichen Ueberblick über die in jenen Tagen geleistete gewaltige Arbeit, die bestritten war, den desorganisierenden Gewalten des Krieges die bewußte Organisation von Staat und Volk entgegenzustellen.

Den gleichen Stoff, aber in umfangreicherer Weise, mehr spezialisiert, mehr wegweisend, aber auch mehr kritisch, behandeln die Kriegshäfte des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (H. C. B. Mohr, Tübingen) mit Arbeiten von Jaffé, Brentano, G. Bernhard, Jastrow, Lederer, Lindemann, Kulemann und anderen. Bedeutsam für die kommenden Diskussionen sind besonders die Artikel von Jaffé über: „Der treibende Faktor in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ und „Die Militarisierung unseres Wirtschaftslebens“.

Prof. Dr. Plenge: „Der Krieg und die Volkswirtschaft“ (Bergmeier u. Co., Münster i. W.) enthält eine Reihe volkswirtschaftlicher Darlegungen über die Wirkungen des Krieges. Dieselben sind den Vorlesungen des Verfassers an der Universität Münster entnommen und waren bestimmt für geplante Kriegsvorträge, die nicht zur Ausführung gelangten. Prof. Plenge ist bekannt durch seinen Konflikt mit der Unterrichtsverwaltung, die ihm die Mittel zur Weiterführung seines volkswirtschaftlichen Seminars während des Krieges vorenthielt.

Prof. W. Stieda: „Krieg und Sozialpolitik“ (L. G. Teubner, Leipzig), ein Vortrag in der Dresdener Gehe-Stiftung, der die Einwirkung des Krieges auf die Arbeiterversicherung, Arbeitsvermittlung und soziale Fürsorge behandelt.

Rob. Schmidt: „Der Arbeiterjubel in Deutschland“ (2. Monathefte, Berlin) gibt eine kurzgedrängte Uebersicht über den Stand des Arbeiterjubels, der Unfallverhütung und der Arbeiter- und Angestelltenversicherung in Deutschland vor dem Kriege. Die Arbeit war im Juli 1914 als Gutachten für Information im Auslande angefertigt, erfüllt ihren Zweck aber auch während des Krieges gegenüber den Herabsetzungen deutscher Kultur in der Auslandspresse.

Dr. L. Hende: „Der Krieg und der Individualismus“ (Gustav Fischer, Jena) will die Befürchtungen zerstreuen, als ob der Krieg mit seiner höheren Bewertung der Staatsidee und dem Verlangen der Aufopferung aller einzelnen unvereinbar wäre mit der Weiterentwicklung des Persönlichkeitsstrebens. Der brauchbare Individualismus werde nicht aufgehoben, aber Unzählige werden durch die Sozialreform zur besseren Entwicklung kommen.

Prof. W. Zimmermann: „Krieg und Sozialpolitik“ (L. Simeon Nachf., Berlin), behandelt die Sozialpolitik als notwendige Voraussetzung für die Landesverteidigung mit guten Begründungen.

Dr. Prud: „Krieg und Versicherung“ (Verlag ebenda), erörtert die Nachteile, die der Krieg den bei ausländischen Gesellschaften Versicherten gebracht hat, ferner die Rechtslage der Versicherungsnehmer und die Kriegsversicherung.

Prof. W. Krahnmann: „Krieg und Montanindustrie“.

L. Rasse: „Krieg und Metallindustrie“.

Prof. H. Großmann: „Krieg und chemische Industrie“.

Drei Schriften, die die Anpassung der Industrie an die durch den Kriegszustand gegebenen Verhältnisse — Materialwert, Einteilung, Militäraufträge usw. — schildern. Sie enthalten gutes Material zur Beurteilung der deutschen Kriegswirtschaft.

„Werkmeister und Privatangeestellte im Wirtschaftsleben während des Krieges“. (Werkmeister Busch, Düsseldorf) behandelt den Einfluß des Krieges auf die Stellung und soziale Lage der Werkmeister und Angestellten.

L. Braun: „Frauen und der Krieg“ (S. Hirzel, Leipzig). Die Verfasserin schildert die Wirkungen des Krieges auf das Gefühls-, wirtschaftliche und geistige Leben der Frau, ihre Anteilnahme an der Kriegsfürsorge und ihr Aufgaben in vaterländischen Pflichten usw. Lily Braun ist eine temperamentvolle Verteidigerin der weiblichen Dienstpflicht in der Kriegs- und Friedensfürsorge.

Die Volksernährungsliteratur ist nicht minder umfangreich. Wir müssen uns indes auf die wichtigsten Schriften dieser Spezies beschränken. Paul Elsbacher: „Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan“ (Fr. Vieweg u. Sohn, Braunschweig) ist ein Sammelwerk, das die grundlegenden Arbeiten für die Inangriffnahme der Regelung der Lebensmittelverteilung und die Massenaufklärung über Ernährungsfragen enthält. Die Schrift ist gelegentlich der in Berlin abgehaltenen Volksernährungskurse allen Rednern zugänglich gemacht worden, sollte aber auch in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen.

„Volksernährung im Kriege“ (Reimar Hobbing, Berlin) enthält die stenographische Wiedergabe der Vorträge der in Berlin abgehaltenen Lehrkurse für Redner.

in Nürnberg, an. In mehrstündigen Verhandlungen war es nicht möglich, den Genossen Kautsky von seinem Standpunkt abzubringen. Der Genosse Richard Fischer war es, der bei diesen Verhandlungen wörtlich zu dem Genossen Kautsky sagte: „Karl, Deine Halsstarrigkeit ist ja allgemein bekannt, ehe Du einen Punkt aus einem Satz wegläßt, läßt Du lieber alles zugrunde gehen. Ist es Dir denn wirklich angenehm, wenn auf dem Parteitag eine Resolution Kautsky abgelehnt wird?“

Auch der Genosse Bebel wandte sich in der Berliner Delegation gegen den Genossen Kautsky. Erst nach einiger Zeit, als wohl der Genosse Kautsky eingesehen hatte, daß eine Mehrheit für den Antrag 157 in seiner ursprünglichen Form nicht zustande kommen würde, zog er, kurz vor der Abstimmung, den angebotenen Absatz zurück (s. S. 303 des Mannheimer Protokolls).

Es ist also schon so, daß tatsächlich Kautsky gewillt war, an der ursprünglichen Fassung seines Antrages starr festzuhalten, ohne Rücksicht auf die Erschwerungen, die dadurch den Gewerkschaften bereitet worden wären.

Berlin, dem 13. Juli 1915.

Eugen Brüdner.“

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Kriegsstatistik des Bäckerverbandes für den Monat Juni ergibt die Einberufung von weiteren 1069 Mitgliedern zum Kriegsdienst, so daß nunmehr insgesamt 21 327 Mitglieder unter den Fahnen stehen. Das sind 85,15 Proz. der 25 045 männlichen Mitglieder vor Kriegsbeginn. Durch die Neuaufnahmen konnte der Verband den Berichtsmonat immer noch mit 11 365 Mitglieder abschließen.

Der Buchdruckerverband beschloß das zweite Quartal mit einem Vermögensbestand der Hauptkasse von 10 199 538 Mk. Die Mitgliederzahl am Schlusse des ersten Quartals betrug 40 693.

Der „Proletarier“ feiert in seiner Nr. 31 das 25jährige Jubiläum des Genossen August Brey als Vorsitzender des Verbandes. Die Wahl erfolgte auf dem Fabrikarbeiterkongreß in Hannover (20. Juni bis 2. Juli 1890) und am 2. August übernahm Brey das schwierige Amt. Was Brey der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands geleistet hat, läßt sich in wenigen Zeilen nicht zusammenfassen; wohl aber darf versichert sein, daß mit seinen engeren Verbandsgenossen die vielen ungezählten Freunde in den deutschen Gewerkschaften ihm von Herzen ein noch langes und ebenso erfolgreiches Wirken wie bisher wünschen.

Das Verbandsstatut des Gemeindearbeiterverbandes ist am 1. August voll in Kraft gesetzt worden. — Die Juniostatistik des Verbandes ergibt einen Mitgliederbestand von 29 207, wozu 21 970 zum Kriegsdienst eingezogene Mitglieder kommen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug nur 72. An die Familien der Eingezogenen wurden 18 902 Mk. Unterstützung gezahlt.

Am 5. August waren 25 Jahre verfloßen, seitdem in Dresden der zweite allgemeine Glasarbeiterkongreß die Gründung des Verbandes der Glasarbeiter beschloß. Der Verband trat am 1. Oktober ins Leben.

Im gleichen Verbandsrat gelangte am 1. August die Krankenunterstützung wieder zur Einführung.

Am 10. Juli waren 3726 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes arbeitslos, das sind 1,4 Proz.

Der Vorstand des Transportarbeiterverbandes veröffentlicht im „Courier“ folgende Erklärung:

„Das von einigen Sonderbündlern in der sozialdemokratischen Partei herausgegebene und auch an Gewerkschaftsfunktionäre versandte Flugblatt, in welchem die Partei zu einer Aenderung der seit Kriegsausbruch eingenommenen Haltung aufgefordert wird, ist, wie wir festgestellt haben, auch von drei Funktionären unseres Verbandes, und zwar den Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen Gotha und Hof i. B., Bachmann und Lüding, sowie dem Hauptkassierer Kahler unterzeichnet worden.“

Die betreffenden Kollegen haben sich nicht damit begnügt, ihre Namen unter das genannte Flugblatt zu setzen, sondern auch daneben angegeben, welche Funktionen sie in unserem Verbandsrat ausüben.

Da hierdurch der Eindruck hervorgerufen werden könnte, als ob die von den Unterzeichnern des Flugblattes vertretene Auffassung auch von Körperschaften bzw. Mitgliedschaften unserer Organisation geteilt resp. propagiert wird, sehen wir uns veranlaßt, zu erklären:

„Die unserem Verbandsrat angehörenden Mitglieder des Transportarbeiterverbandes sind weder beauftragt noch berechtigt, diese oder ähnliche Kundgebungen als Funktionäre des Verbandes zu unterzeichnen. Die von den genannten Kollegen propagierte Auffassung entspricht auch nicht der von den Verbandskörperschaften vertretenen Ansicht. Folgedessen muß die der Unterschrift beigefügte Titel- resp. Funktionsangabe — weil irreführend — als unzulässig bezeichnet werden.“

Die Tarifbewegung des Zimmererverbandes im Jahre 1914 nahm gegenüber dem Vorjahre erheblich zu. Während am Jahresschluß 1913 erst 199 Tarifverträge bestanden, die nur 20 Proz. der Verbandsmitglieder umfaßten, so war die Zahl der Tarifverträge am 31. Dezember 1914 auf 447 gestiegen, die 45,49 Proz. der Verbandsmitglieder in sich vereinigten. Von diesen waren 311 Reichstarifverträge und 136 örtliche Verträge, die der Genehmigung durch die Centralorganisationen nicht bedurften. Immerhin bleibt das Ergebnis auch dieses Jahres noch ganz erheblich hinter dem Stande am 31. Dezember 1912 zurück, wo 696 Tarifverträge Gültigkeit hatten, die 90 Proz. der Verbandsmitglieder umfaßten. Für 404 Verbandszahlstellen mit 28 982 Mitgliedern standen am Jahresschluß noch immer die Verträge aus. Alle diese Zahlstellen hatten in der Tarifvertragsperiode 1910/13 unter Vertrag gestanden. Für sie mußte daher nach den Bestimmungen des Reichstarifvertrages ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Das ist jedenfalls ein wenig günstiges Zeichen für die Centralisierung des Vertragswesens im Baugewerbe, daß der Umfang des Vertragsgebiets anstatt zu abnimmt. Aus folgender Tabelle wird das besonders ersichtlich:

Stand der Tarifbewegung am Jahresschluß	Tarifverträge	Geltungsbereich			
		Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder
1907 . .	402	2842	5914	46019	—
1908 . .	400	3165	6186	46821	36584
1909 . .	419	3878	7087	49751	39545
1910 . .	490	7781	7141	58596	40843
1911 . .	680	9202	8872	67074	50871
1912 . .	697	12896	9684	78527	56268
1913 . .	199	2892	2855	15428	12000
1914 . .	447	8281	5216	36586	26510

**H. Kuchniski u. L. Junz:** „Unsere bisherige und unsere künftige Ernährung im Kriege“ (Hr. Vieweg u. Sohn, Braunschweig) zieht das Fazit aus den Erfahrungen mit der seitherigen Lebensmittelverteilung und behandelt die voraussichtlichen Wirkungen der neuen Bundesratsverordnungen vom 28. Juni 1915. Die Schrift ist für unsere auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung tätigen Genossen von großem Interesse.

Auch von der reichhaltigen Literatur über Kriegsfürsorge möge eine kleine Auswahl für unsere Leser genügen.

**Dr. Paul Kaufmann:** „Soziale Fürsorge und deutscher Siegeswille“ (Franz Vahlen, Berlin), ein Vortrag, den der Präsident des Reichsversicherungsamts zugunsten des Roten Kreuzes gehalten hat. Der Verfasser betont auch hier die segensreichen Wirkungen der deutschen Sozialreform und tritt für eine Förderung der sozialen Kriegsfürsorge ein.

**Dr. F. Clauß:** „Kriegshilfe in Deutschland“ (C. Heymann, Berlin) behandelt das gesamte Gebiet der Kriegsfürsorge für Angehörige der Kriegsteilnehmer, Arbeitslose, Mithilfe, Fürsorge für Geflüchtete, Verwundeten-, Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge. Der Verfasser will einen möglichst großen Teil dieser Kriegssozialpolitik in den Frieden hinübergerettet wissen und tritt für Staatssozialismus ein.

„Soziale Fürsorge für Kriegerwitwen und Kriegerwaisen“ (Dunker u. Humblot, München-Leipzig) enthält die stenographische Wiedergabe der Reden und Verhandlungen der gleichnamigen Tagung, die vom Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit im Reichstage veranstaltet worden war. Das reichhaltige Material ist jedem auf diesem Gebiet Tätigen zum Studium zu empfehlen.

**H. Lehmann:** „Kriegswochenhilfe“ (Formularverlag Berlin) enthält die für Krankenkassen bedeutenden Bekanntmachungen des Bundesrats und Reichskanzlers über die Wochenhilfe während des Krieges, nebst Erläuterungen und Formularen.

„Friedensfürsorge für Kriegsverletzte“ (J. Heß, Stuttgart) enthält den Bericht über eine unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Lippa in Frankfurt a. M. stattgefundene Versammlung mit einem Referat von Dr. S. Kraus über obiges Thema und der anschließenden Diskussion.

„Kriegsinvalidenfürsorge“ (Kurt Kabitsch, Würzburg) berichtet über die in Nürnberg getroffenen Maßnahmen und Erfolge und bringt Abbildungen von den Einrichtungen zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Kriegsverletzten.

„Kriegsfürsorge in Groß-Berlin“ ist ein von der Berliner Centrale für private Fürsorge herausgegebener Führer, der die darin tätigen Personen über alle getroffenen Einrichtungen, Leistungen und Voraussetzungen der Unterstützung sowie über die einschlägigen Gesetze, Bekanntmachungen und Satzungen orientiert.

„Richtlinien für die Kriegsinvalidenfürsorge im Großherzogtum Baden“ (G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe) ist vom Badischen Landesauschuß für Kriegsinvalidenfürsorge herausgegeben und will die auf diesem Gebiete Mitarbeitenden informieren.

„Kriegsfürsorge“ (Kaden u. Co., Dresden), vom Gewerkschaftsauschuß für Sachsen heraus-

gegeben, soll die Funktionäre der Partei und Gewerkschaften mit den notwendigen Informationen versehen und gibt auch das Protokoll der Kartellkonferenz Sachsens im Januar 1915 wieder.

„Arbeitslosenfürsorge“ (Alex. Schlicke u. Co., Stuttgart) berichtet über die Feststellungen, die der Deutsche Metallarbeiterverband hinsichtlich der Erwerbslosenunterstützung durch Reich, Bundesstaaten, Versicherungsanstalten und Gemeinden veranstaltet hat und bietet eine schätzbare Ergänzung der gewerkschaftlichen Erhebungen.

„Kriegshandbuch für Arbeiter“ (Emil Boden, Dresden) will den Arbeitgebern als Ratgeber für alle wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Fragen in Kriegszeiten dienen.

## Verzeichnis neuer Bücher und Schriften.

### Technische Literatur.

- H. Trescher u. G. Otto.** Die Gewinnung der Metalle. 16 S. 40 Pf.  
 — Die Bearbeitung und Verwendung der Metalle. 24 S. 60 Pf.  
 — Rechnen für Metallarbeiter. S. 1 142 S. 1,50 M.  
 S. 2 (A. Maschinenbau, Schmiede, Gasinstallatur). 181 S. 1,50 M.  
 — B. (Klempner u. Installateur). 181 S. 1,50 M.  
 Verlag von Jul. Klinckschardt, Leipzig.

## Mitteilungen.

### Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

#### Rassenbericht vom 2. Quartal 1915.

##### Einnahme.

Rassenbestand vom 1. Quartal 1915	5 387,22 M.
7 885 Mitgliederbeiträge	47 010,— "
Zinsen	14 756,15 "
Zurückgezahlte Unterstützung	60,— "
<b>Summa</b>	<b>67 213,87 M.</b>

##### Ausgabe.

Zurückgezahlte Beiträge	2 150,80 M.
Witwenunterstützung	23 703,45 "
Invalidenunterstützung	5 585,90 "
Waisenunterstützung	166,70 "
Sterbegeld Mitglied Kohnen	200,— "
" " Kräuter	200,— "
" " Seebald	200,— "
" " Lütjens	200,— "
" " Füllenschmid	200,— "
" " Vérard	200,— "
" " Warnede	200,— "
" " Wiese	200,— "
" " Klotz	200,— "
" " Sachs	200,— "
" " Raitz	200,— "
Drucksachen	5,— "
Postschekgebühren	46,97 "
Porto	79,11 "
Bankguthaben	26 597,10 "
Rassenverwaltung	200,— "
Rassenbestand	6 478,89 "
<b>Summa</b>	<b>67 213,87 M.</b>

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden.

#### Die Revisoren:

Franz Stahl, Gustav Reinke.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Chemnitz: Hirschfeld, Martin, Redakteur.  
 Dresden: Büttner, Eva, Schriftstellerin.